

Anfrage ¹⁾

Antrag ²⁾

Vorlage-Nr.: 56/14

an die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder zur Sitzung am: **4. Dezember 2014**

Einreicher Fraktionen FBI, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP	<input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Eingangsdatum 4. Dez. 2014	zur Vorberatung an: <input type="checkbox"/> Hauptausschuss <input type="checkbox"/> Finanzausschuss <input type="checkbox"/> Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss <input type="checkbox"/> Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss <input type="checkbox"/> Bühnenausschuss <input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat

Betreff: NEIN zu CETA, TTIP und TiSA!

Die Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch die Freihandelsabkommen: CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) – zwischen EU und Kanada, TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) – zwischen EU und USA und TiSA (Trades in Services Agreement) – multilaterales Dienstleistungsabkommen

Inhalt (beim Antrag Beschlusssentwurf und Begründung):

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwedt/Oder appelliert an
 - die Kommission der Europäischen Union
 - das Parlament der Europäischen Union
 - die Bundesregierung
 - die Landesregierung Brandenburgsich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TiSA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwedt/Oder stellt fest, dass:
 - a) Die bisherigen Verhandlungen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurden und diese Intransparenz das Misstrauen in die Verhandlungsführung der EU-Kommission erhöht hat und die demokratischen Grundsätze untergräbt,
 - b) die geplanten Abkommen nach dem derzeitigem Kenntnisstand geeignet sind, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden, in Frage zu stellen und somit negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, bei der öffentlichen Auftragsvergabe, einschließlich der Delegation von Aufgaben an kommunale Unternehmen, der Förderung und Unterstützung von Kultur und der Erwachsenenbildung (z.B. über die Volkshochschule) wie auch der Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der Stadt Schwedt/Oder haben können,
 - c) die geplanten Abkommen der Eröffnung von Marktzugängen im Dienstleistungssektor dienen, insbesondere auch der öffentlichen Dienstleistungen, und die Organisationshoheit der Kommunen gefährden, darunter nicht liberalisierte Bereiche, wie die kommunale Wasserver- und Entsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen einschließlich des Gesundheitsbereiches sowie die öffentlichen Dienstleistungen im Kultur und Bildungsbereich,
...

1) Beantwortung der Anfrage/n:

Auszug aus § 5 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung:

Die Anfragen werden in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantwortet. Ist dies begründet nicht möglich, kann die Antwort schriftlich erfolgen und ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

- 2) Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder hat in ihrer Sitzung am den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

- d) durch die Verwendung von so genannten Negativlisten, die Rekommunalisierung von Dienstleistungen deutlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht.
3. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwedt/Oder fordert, dass:
- a) Die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz- und Öffentlichkeit zu führen sind,
 - b) die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten - eingeschränkt werden darf und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen,
 - c) Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeiten politischer Gestaltung nicht durch Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit gefährdet werden dürfen.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, im Ministerrat der Europäischen Union im Bereich der Dienstleistungen aktiv für so genannte Positivlisten einzutreten, die explizit nicht die kommunale Daseinsvorsorge sowie den Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich tangieren.

Die Anwendung von Negativlisten im bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) darf nicht gebilligt werden. Hier muss nachverhandelt werden.

Fraktion
Freie BürgerInitiative

Fraktion
SPD

Fraktion
CDU

Fraktion
DIE LINKE

Fraktion
FDP